

Tabak-Arbeiter

Nr. 7 / Bremen, den 14. Februar 1925

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Monatlicher Bezugspreis 40 Goldmark ohne Bringerohn. — Anzeigenpreis 50 Goldmark für die viergespaltene Petitzeile. — Schluß der Anzeigenannahme und der Redaktion Montag abends. — Verantwortlicher Redakteur: F. Dahms. — Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, R. Reichmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. H. Schmalfeldt & Co. — Sämtlich in Bremen.

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20 I, Telephon: Amt Roland 0046. — Geld- und Einschreibsendungen an Johannes Krohn, Bremen, An der Weide 20 I. — Postfachkonto 5349 beim Postfachamt Hamburg. — Bankkonto: Bankabteilung der Großhandlungsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. v. H., Hamburg. — Verbandsvorsitzender: R. Reichmann, Bremen, An der Weide 20 I. — Verbandsauschuß: L. Schoene, Hamburg, Besenbinderhof 57, Zimmer 45/46.

Tabakzoll- und Tabaksteuerfragen.

II.

Von gut unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt, daß im Reichsfinanzministerium der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tabaksteuergesetzes vom 12. September 1919 fertiggestellt ist. Nach diesem Entwurf sollen die Banderolensteuersätze für Zigarren, Zigaretten, feingeschnittenen Rauchtobak und Pfeifentobak um 25 Pzt. und die für Rauchtobak und Schnupftobak um 50 Pzt. erhöht werden. Die Annahme dieses Entwurfes bedeutet, daß an Banderolensteuer für Rauchtobak $7\frac{1}{2}$ Pzt., für Schnupftobak 15 Pzt., für Zigarren und Pfeifentobak 25 Pzt. und für Zigaretten und feingeschnittenen Rauchtobak 50 Pzt. des Kleinverkaufspreises zu zahlen wären. Doch damit noch nicht genug. Weil das Reichsfinanzministerium glaubt, für den Tabak sei keine Last zu schwer, hat es auch noch eine Erhöhung des Eingangszolles in Aussicht genommen, und zwar für einen Doppelzentner Tabak von 30 auf 80 M., also um mehr als 166 Pzt.

Die dem Tabak zuge dachte neue Belastung ist so ungeheuerlich, daß man das Ganze zunächst für einen verunglückten Fastnachtscherz halten möchte. Doch die Bürgerblockregierung Luther scherzt nicht; sie muß neue Einnahmequellen schaffen oder alte ergiebiger gestalten, und da ist sie auf den für sie so bequemen Ausweg verfallen, den Tabak mehr als bisher bluten zu lassen. Die Opfer einer solchen Steuerpolitik sind ja nur arme Tabakarbeiter, bei denen es auf ein bißchen mehr oder weniger Kummer und Elend wirklich nicht ankommt. Um deren Wohlergehen braucht eine Bürgerblockregierung nicht so besorgt zu sein wie um das der Großagrarien und das der Ruhrindustriellen, denen mehr als 700 Millionen Goldmark in den unersättlichen Machen geworfen worden sind.

Im ersten Teil dieses Artikels („Tabak-Arbeiter“ Nr. 4) glauben wir den Nachweis dafür erbracht zu haben, daß eine Erhöhung der Tabaksteuer sich sachlich nicht rechtfertigen läßt. Zunächst kommt in Betracht, daß die verpfändeten Einnahmequellen so hohe Beträge aufbringen, daß die für 1928/29 vorgesehenen Summen schon jetzt überschritten sind, und dann darf nicht unbeachtet bleiben, daß die evtl. Mehrerträge aus der Tabaksteuer der Reichskasse zunächst nur bis zu einem gewissen Grade zugute kommen, weil der darüber hinausgehende Teil an den Agenten für Reparationsleistungen abgeführt werden muß. Aus diesen und anderen Gründen werden sich die Tabakarbeiter mit aller Entschiedenheit nicht nur gegen die neuen Pläne der Regierung, sondern auch gegen jede andere irgendwie geartete Erhöhung der Tabaksteuer wenden.

Wenn schon einmal etwas an dem bestehenden Tabaksteuergesetz geändert werden soll, dann würden wir es für viel richtiger halten, die Tabaksteuersätze selbst nach sozialen Gesichtspunkten zu staffeln. Es mögen gegen das Tabaksteuergesetz vom 12. September 1919 noch so viele Einwände erhoben werden, niemand wird bestreiten können, daß seine ursprünglichen Sätze sozial gestaffelt waren, und zwar in dem Sinne, daß die Tabakerzeugnisse in den billigeren Preislagen verhältnismäßig niedriger und die in den teureren Preislagen verhältnismäßig höher belastet waren. Dieser soziale Aufbau der Tabaksteuersätze wurde durch die Verordnung zur Änderung des Tabaksteuergesetzes vom 30. Oktober 1923 über den Haufen geworfen. An Stelle der progressiv gestaffelten Tabaksteuersätze wurden damals für die einzelnen Tabakerzeugnisse prozentual gleichmäßige Steuersätze eingeführt, so daß heute die billige Konsumzigarre in dem gleichen Verhältnis belastet ist wie die teure Kommerzienratszigarre. Ebenso ist es bei den anderen Tabakerzeugnissen. Durch die nachstehende Zusammenstellung ist den Leserinnen und Lesern dieses Blattes die Möglichkeit gegeben, Vergleiche anzustellen zwischen der Belastung, die die einzelnen Tabakerzeugnisse seit dem Bestehen dieses Tabaksteuergesetzes hatten und haben, und der Belastung, die von der Regierung

neuerdings geplant ist. Vom Kleinverkaufspreis berechnet, ergibt sich folgende Belastung durch die Banderolensteuer:

| | Vor dem 1. Dez. 1923 | Nach dem 1. Dez. 1923 | Nach den neuen Regierungsplänen |
|--------------|-------------------------|--------------------------|------------------------------------|
| Zigarren | 10—40 v. H. | 20 v. H. | 25 v. H. |
| Zigaretten | 33—50 v. H. | 40 v. H. | 50 v. H. |
| Feinschnitt | 30—55 v. H. | 40 v. H. | 50 v. H. |
| Pfeifentobak | 20—33 v. H. | 20 v. H. | 25 v. H. |
| Rauchtobak | 7,5 v. H. | 5 v. H. | 7,5 v. H. |
| Schnupftobak | 20 v. H. | 10 v. H. | 15 v. H. |

Die nach dem 1. Dezember 1923 geltenden Tabaksteuersätze waren vordem maßgebend für ein Zigarre im Kleinverkaufspreis von 20 S., für eine Zigarette im Kleinverkaufspreis von 8 S. und für ein Kilogramm Pfeifentobak im Kleinverkaufspreis bis zu 6 M. Was unter diesen Preislagen stand, war verhältnismäßig niedriger, und was darüber stand, verhältnismäßig mehr belastet. Dieser Grundsatz muß auch in Zukunft wieder Geltung bekommen. Deshalb lautet die Forderung der Tabakarbeiter: Nicht Erhöhung der Tabaksteuer, sondern soziale Gestaltung derselben.

Nun hat sich das deutsche Volk am 7. Dezember 1924 einen Reichstag gewählt, von dessen Mehrheit nicht zu erwarten ist, daß sie sich um das Schicksal der Tabakarbeiter allzuviel Sorgen machen wird. Für ihre Entscheidungen wird das Interesse der Besitzenden maßgebend sein, und um die zu schonen, wird sie allen guten Gründen zum Trotz die gesamten Lasten den Arbeitern und Konsumenten aufbürden. Das darf die Tabakarbeiter jedoch nicht abhalten, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um das drohende Unheil abzuwenden. Nichts darf unversucht gelassen werden, um die Öffentlichkeit und die Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften von der Richtigkeit des von uns eingenommenen Standpunktes zu überzeugen. Sollte trotz alledem der Reichstag eine weitere Belastung des Tabaks beschließen, dann hat er auch die Pflicht, für die Opfer seiner Zoll- und Steuerpolitik zu sorgen. Das ist eigentlich so selbstverständlich, daß darüber kaum weitere Worte verloren zu werden brauchen. Um aber die gesetzgebenden Körperschaften und die Öffentlichkeit auch nicht im Geringsten über die Meinung der Tabakarbeiter im unklaren zu lassen, fordern wir schon jetzt mit aller Deutlichkeit: Für die Tabakarbeiter, die durch Zoll- oder Steuererhöhungen geschädigt oder arbeitslos werden sollten, muß unter allen Umständen gesorgt werden. Die Erwerbslosenfürsorge in ihrer jetzigen Gestalt reicht dafür keineswegs aus.

An den Deutschen Reichstag, Berlin!

Die unterzeichneten Spitzenverbände der freien Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften Deutschlands erheben gegen die von der Reichsregierung an die schwere und chemische Industrie von Rheinland-Westfalen bewilligte und zum größten Teil auch bereits ausgeschüttete Gesamtentschädigung von 715 Millionen Goldmark schärfsten Einspruch. Sie verurteilen die von der Regierung eingeschlagene Art des Vorgehens, die Riesenhöhe der bewilligten Summe und den völligen Mangel jeder ausreichenden staatlichen Kontrolle. Ohne prinzipiell jede Reichsentschädigung für die durch die Ruhrbesetzung erwachsenen tatsächlichen Verluste abzulehnen, die selbstverständlich für alle Beteiligten nach gleichen Grundsätzen zu erfolgen hätte, muß es von dem von schwerer Not bedrückten deutschen Volk als unerträglich empfunden werden, wenn Reichsmittel je nach dem politischen und wirtschaftlichen Einfluß einzelner Interessentengruppen und ohne jede Rücksicht auf die soziale Lage, unter Außerachtlassung aller rechtlichen Gesichtspunkte verteilt werden.

Während die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die als Hauptträger des passiven Widerstandes neben schwersten Opfern materieller Art auch persönlich Verlust von Angehörigen, Ausweisung, Zerreißung ihres Familienlebens ertragen mußten

mit geringen Bruchteilen ihrer Ansprüche abgefunden wurden, und teils heute noch an den bitteren Folgen des Ruhrkampfes zu leiden haben, wird der rheinischen Großindustrie über den erfahrenen Schaden hinaus eine Summe verabreicht, die 15 Pzt. des gesamten Einnahmestats des Reiches für 1924 ausmacht.

Dies alles vollzieht sich in einer Zeit, in der das Reich seine sonstigen notwendigen Ausgaben auf ein Mindestmaß herabgesenkt hat und für die gesamten sozialen Zwecke im neuen Etat nur eine Summe von 300 Millionen Goldmark zur Verfügung stellt. Die Sachschäden der eigentlichen Ruhrkämpfer sind unter Hinweis auf diese Finanznot des Reiches nur zu einem kleinen Teil ersetzt worden: die mittleren und kleineren geschädigten Unternehmungen sollen insgesamt mit 70 Millionen Mark abgefunden werden, während die Großindustrie ohne jede gesetzliche Grundlage bereits nicht weniger als 645 Millionen Goldmark zugewiesen erhalten hat.

Die offizielle Erklärung der Reichsregierung, daß sich diese gewaltige Ausschüttung von Reichsgeldern auf einen Brief des Reichsministers Stresemann an Hugo Stinnes am 13. November 1923 stützt, kann niemals eine staatsrechtliche Grundlage für solche außerhalb des Etats liegenden Riesenausgaben des Reiches anerkannt werden.

Dieser Amtsmißbrauch ist um so mehr zu verurteilen, als statt einer individuellen Kontrolle der den einzelnen Großbetrieben tatsächlich erwachsenen Schäden die Gelder den Industrieverbänden überwiesen wurden, deren Kontrolle über die einzelnen Schadensrechnungen in keinem Falle als Ersatz für die unterbliebene Prüfung durch die Reichsorgane angesehen werden darf. Dabei ist die Frage aufzuwerfen, ob und inwieweit die nach Abschluß des passiven Widerstandes gestundeten Steuern (Kohlen-, Umsatz-, Körperschaftssteuern usw.) nachträglich entrichtet worden sind.

Durch die schärfste Anspannung der Steuerschraube, vor allem durch die hohen Verbrauchs- und Lohnsteuern und eine starke Belastung der Gewerbetreibenden ist im abgelaufenen Jahr ein Etatsüberschuß von 940 Millionen Goldmark erzielt worden, von dessen Gesamtertrag jetzt über 75 Prozent den erwähnten Industriellen ausgezahlt worden sind.

Bei den Schiedsprüchen der Schlichtungsinstanzen war der Hinweis auf die von den Zechen zu tragenden Wicumlafien entscheidend, um die Löhne niedrig zu halten, die Arbeitszeit zu verlängern. Die hohen, weit über den Friedensfühen liegenden Kohlenpreise wurden der Deffentlichkeit damit mundgerecht gemacht, daß die Zechen alle Lasten des Ruhrkampfes selbst zu tragen hätten. Tatsächlich sind jene Unternehmer doppelt entschädigt worden: einmal durch niedrige Löhne, hohe Preise und Steuerstundung, zum andern durch die jetzt erfolgte Reichsentschädigung.

Eine Anfrage des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes vom 17. Oktober vorigen Jahres ist jetzt nach vier Monaten beantwortet worden, eine Bestätigung dafür, daß diese Zuwendung des Reiches an die Zechenbesitzer erst nachträglich bekannt werden sollte.

Diese Vorgänge haben vornehmlich unter den Belegschaften der entschädigten Unternehmungen Erbitterung und Empörung ausgelöst. Für die Arbeiter und Angestellten jener Werke bildete die Generalkündigung zum Zwecke des Lohndrucks und der Beseitigung des Achtstundentages den Abschluß des passiven Widerstandes. Die Belegschaften der von der Wicum beschlagnahmten Betriebe sind wider Recht und Gesetz nach Rückgabe an die deutschen Besitzer von diesen fristlos entlassen worden; nur ein Teil wurde zu verschlechterten Arbeitsbedingungen wieder eingestellt, die Betriebsräte und Gewerkschaftsvertrauensleute zum großen Teil gemahregelt. Das Reichsarbeitsministerium hat ihnen seinen Schutz versagt und sie auf den Weg verwiesen, ihre Ansprüche bei der Wicum in Paris geltend zu machen! Etwa 7000 Arbeiter und Angestellte, darunter solche mit einer mehr als 30jährigen Dienstzeit, sind allein auf diese Weise brotlos gemacht worden. Den erst von der Besatzung gepeinigten, dann von ihren deutschen Arbeitgebern auf die Straße gesetzten Angestellten und Arbeitern ist bisher keine Entschädigung bewilligt worden, während die Ruhrnießer ihrer Not aus Reichsgeldern eine unverdiente Bereicherung erfahren sollen.

Die unterzeichneten Gewerkschaftsverbände erwarten von den Parteien des Reichstages eingehende Untersuchung dieser Vorgänge und unter Mitwirkung der Gewerkschaften eine Gesamtregelung, die der sozialen Gerechtigkeit entspricht.

Berlin, 3. Februar 1925.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
P. G r a f m a n n.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.
E. A u f h ä u s e r. W. E t ä h r.

Die Belastung der Verbraucherschaft durch den Zwischenhandel.

Es ist von einigem Interesse für die Verbraucher, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften ohne alle Rücksichtnahme auf die sogenannte Mittelstandspolitik klipp und klar den Standpunkt vertreten, daß der überflüssige Zwischenhandel ausgeschaltet werden müsse. Und in der Tat ist es ja auch so, daß durch das Hineindrängen Tausender vom eigentlichen Beruf losgerissener Existenzen in den Handel die Versorgungswirtschaft ganz außerordentlich belastet wird. Nach dem Kriege in viel größerem Umfange als vor ihm. Den fühlbarsten Schaden davon haben die Verbraucher, im ganzen aber die Volkswirtschaft.

Unter der Ueberschrift „Die Drohnen des Wirtschaftslebens“ veröffentlicht beispielsweise das „Landwirtschaftliche Genossenschaftsblatt“ in Neuwied a. Rh., das Hauptorgan des Generalverbandes der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften (Sitz Berlin), einen Aufsatz, der mit voller Klarheit den Widerfynn der Ueberfüllung des Privathandels feststellt und — geißelt. Nach der vom Statistischen Reichsamte veröffentlichten Bestandsstatistik der Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften gab es in der Gewerbeklasse „Handelsgewerbe“ am Ende der Jahre:

| | 1913 | 1919 | 1923 |
|-------------------------|-------|--------|--------|
| Aktiengesellschaften | 835 | 872 | 4 629 |
| Gesellschaften m. b. H. | 9 409 | 11 420 | 31 822 |

zusammen 10 244 12 292 36 451

Das bedeutet also gegenüber 1913 eine prozentuale Zunahme der kollektiven Handelsbetriebe von 256 Prozent. Diese Zahlen beziehen sich nur auf die Handelsgesellschaften in den Rechtsformen der Aktiengesellschaften und der Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Neben dieser sich auf das ganze Reich erstreckenden Statistik gibt es noch einige lokalstatistische Nachweisungen, aus denen die in den letzten Jahren stattgefundene zunehmende Ueberfüllung des Handels zu erkennen ist. In den Berliner Wirtschaftsberichten ist eine Statistik über das Berliner Handelsregister veröffentlicht, die eine fortschreitende starke Vermehrung der Handelsfirmen in Groß-Berlin feststellt. So waren in den Berliner Handelsregistern eingetragen:

| | |
|-------|----------------------|
| 1913: | 31 600 Handelsfirmen |
| 1919: | 39 500 „ |
| 1921: | 48 600 „ |

Anfang 1924: 60 000 „

Die Zahl der Handelsfirmen in Berlin hat sich demnach im Laufe des letzten Jahrzehnts nahezu verdoppelt. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt ein Aufsatz „Warenerzeugung und Warenpreise“ in Nr. 806 der „Kölnischen Zeitung“, in welchem an Hand des Statistischen Jahrbuchs der Stadt Köln festgestellt wird, daß in Köln die Zahl der handelsgewerblichen Betriebe von 5295 im Jahre 1913 auf 13 820 im Jahre 1921 gestiegen ist.

Dementsprechend ist selbstverständlich die Zahl der einzelnen Zwischenhändler ganz riesig angewachsen, und da jeder verdienen will, wird die Ware mit überflüssigen Handelskosten belastet, die in den Preisen zum Ausdruck kommen. Hierbei wird von der landwirtschaftlichen Genossenschaftspresse betont, daß die Spannungen zwischen Erzeuger- und Handelspreisen heute wesentlich höher sind, als vor dem Kriege, so daß der Landwirt nicht etwa mehr verdient als vor dem Kriege, sondern eben die Wirtschaft durch die angeschwollene Zahl der „Bielzuvielen“ unproduktiv belastet wird.

So machte z. B. laut einer Aufstellung in der „Frankfurter Zeitung“ im August 1924 der Erzeugerpreis für Roggen nur 81 Prozent des Friedenspreises aus, während die Spanne zwischen ihm und dem Kleinhandelspreis für Roggenmehl bedeutend größer war als vor dem Kriege. Fast überall läßt sich feststellen, daß die Belastung der Verbraucher viel stärker ist, als es sich durch die Uenderung des Erzeugerpreises rechtfertigen lässe. Vergleicht man z. B. den August 1924 mit dem Vormonat, so sieht man, daß der Erzeugerpreis für Butter um 8 M, der Verbraucherpreis aber um 39 M im Zentner gestiegen war. Im Kleinhandel kosteten 100 Pfund Schweinefleisch im August 41 M mehr als im Juli 1924; der Erzeugerpreis für Schweine war indessen nur um 10 M für den Zentner gestiegen. Allerwärts dasselbe Bild: Bei Butter begnügte sich der Handel vor dem Kriege mit einem Zuschlag, der kaum ein Zehntel des Erzeugerpreises betrug; jetzt hat sich die Handelsspanne vervier- bis verfünffacht.

Aber nicht nur der Handel, auch das Gewerbe wird von der landwirtschaftlichen Genossenschaft unter die Lupe genommen und eine „Königsberger Rede“ des Reichsernährungsministers Graf v. Kanitz zitiert, in welcher dieser gewiß unverdächtige Zeuge u. a. sagt:

„Es gibt in der Tat zu viele Zwischeninstanzen, zu viele Bäcker und Metzger, zu viele Getreidehändler, Viehhändler, Geldhändler. In allen Gebieten des Güterumlaufes ist es das selbe Bild. Eine förmliche Drohnenwirtschaft — ich spreche von den Auswüchsen, nicht von den gesunden Organen der Wirtschaft — hat sich im Haushalt unseres Volkes eingenistet. . . . Wie ein Keil steckt dieses Gebilde zwischen dem Erzeuger und Verbraucher; es beengt auf der einen Seite durch Niederhaltung der Erzeugerpreise den Spielraum für die Produktion, verteuert auf der andern Seite die Waren für den Verbraucher. . . .“

Wenn man diesen Tatsachen, deren Wirkung die Verbraucher massen am eigenen Leibe zu verspüren haben, gegenüberstellt, daß die Konsumgenossenschaften bestrebt sind, die Zahl der Organisationen zu vermindern, um die Produktions- und Handelskosten herabzudrücken, und daß gleichzeitig ihre Mitgliederzahlen immer stärker anwachsen, dann ergibt sich die notwendige Folgerung, daß die genossenschaftlich organisierte Wirtschaft die einzige Möglichkeit bietet, der in jeder Richtung ungesunden Entwicklung der privaten Handelswirtschaft entgegenzuwirken. Außerdem aber bieten allein die Konsumgenossenschaften die Möglichkeit eines direkten Geschäftsverkehrs zwischen Erzeuger und Verbraucher, wodurch die überflüssigen und verteuernenden Zwischenglieder ausgeschaltet werden können.

Die Entwicklung treibt auch in dieser Richtung, aber sie könnte viel mehr beschleunigt werden, wenn die Verbraucher massen die Konsumgenossenschaften zweckbewußt organisatorisch durch die Mitgliedschaft bei ihnen, finanziell und wirtschaftlich, durch die Einzahlung von Geschäftsanteilen und Spareinlagen und vor allem durch den Warenumsatz bei denselben fördern würden.

Lohn- und Tarifbewegungen.

Aus der Zigarettenindustrie.

München. Laut Schiedspruch vom 4. Februar erhöhen sich die Löhne in der Zigarettenindustrie vom 29. Januar an um 8 Prozent. Die Lohnsätze stellen sich nunmehr wie folgt:

| Männliche: (Wochenlohn) | | Weibliche: (Stundenlohn) | |
|-------------------------|---------|--------------------------|-----------|
| Hilfsarbeiter usw. | | Hilfsarbeiterinnen usw. | |
| unter 17 Jahren . . . | M 21.18 | 17—20 Jahren . . . | 42 S |
| 17—20 „ . . . | 28.23 | über 20 „ . . . | 43 „ |
| über 20 „ . . . | 31.03 | Einfüllerinnen usw. | |
| Verheiratete . . . | 32.43 | 17—20 Jahre . . . | 43 S |
| Bader usw. | | über 20 „ . . . | 44 „ |
| 17—20 Jahre . . . | 31.03 | Strangmaschinenarb. . . | Jupferin- |
| über 20 „ . . . | 32.43 | nen usw. | |
| Verheiratete . . . | 33.83 | 17—20 Jahre . . . | 48 S |
| Tabakschneider usw. | | über 20 „ . . . | 50 „ |
| Ledige . . . | M 35.28 | | |
| Verheiratete . . . | 36.98 | | |

Aus der Zigarrenindustrie.

Die Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums.

Betr. Schiedspruch vom 29. Dezember 1924 im Lohnstreit beim Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller.

Im Lohnstreit zwischen

dem Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller, e. V., und dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband (Sitz Bremen), dem Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands (Sitz Düsseldorf), dem Gewerksverein Deutscher Tabakarbeiter, S.-D. (Sitz Heidelberg)

wird der Schiedspruch, der unter dem Vorsitz eines vom Reichsarbeitsminister für diesen Streifall bestellten Schlichters gefällt worden ist, gemäß Art. I § 6 der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 mit Wirkung vom 2. Februar 1925 für verbindlich erklärt.

Angeichts der schlechten Wirtschaftslage der Zigarrenindustrie wird die Durchführung des Schiedspruches den Werken teilweise nur unter erheblichen Schwierigkeiten möglich sein. Andererseits sind aber für den größten Teil der Arbeitnehmer die derzeitigen Arbeiterverdienste so unzulänglich, daß die im Schiedspruch vorgesehene Lohnerhöhung als unbedingt erforderlich angesehen werden muß. Die Durchführung des Schiedspruches wird den Arbeitgebern durch die Hinausschiebung seines Inkrafttretens erleichtert, die im vorliegenden Falle nach § 25 Abs. 2 Satz 1 der Zweiten Ausführungsverordnung zur Schlichtungsverordnung zulässig war.

Da eine Verständigung der Parteien über die Lohnregelung gegenwärtig nicht erwartet werden kann, mußte der Schiedspruch im sozialen Interesse für verbindlich erklärt werden.

Im Auftrage usw.

Diese Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums ist eine bittere Pille für den RDZ. Von einer amtlichen Stelle, der man mit dem besten Willen nicht den Vorwurf einseitiger Stellungnahme zugunsten der Arbeiterschaft machen kann, wird den Zigarrenfabrikanten gesagt, daß die derzeitigen Verdienste für den größten Teil der Tabakarbeiter so unzulänglich sind, daß die im Schiedspruch vorgesehene Lohnerhöhung als unbedingt erforderlich angesehen werden muß. Wohl oder übel werden die Zigarrenfabrikanten sich nunmehr bequemen müssen, vom 2. Februar an die bis dahin gezahlten Löhne um 10 Pzt. zu erhöhen. Sollte sich irgendwo ein Zigarrenfabrikant weigern, die Löhne in der vorgeschriebenen Weise zu erhöhen, so ist der zuständigen Gauleitung unseres Verbandes sofort Mitteilung zu machen, die dann alles Weitere veranlassen wird. Auch sonst ist dem Gauleiter sofort Mitteilung zu machen, wenn die Zigarrenfabrikanten irgend etwas unternehmen sollten, was als eine Vergeltungsmaßregel gegen die Tabakarbeiter angesehen werden könnte. Auf alle Fälle richten wir an die Mitglieder unseres Verbandes die dringende Mahnung, sich zu keinerlei Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen. Und nun gehet hin und bekehret die Unorganisierten!

Etwas zum Nachdenken.

Bereinzelt gibt es noch immer Kolleginnen und Kollegen, die für die niedrige Entlohnung in der Zigarrenindustrie die Verbandsleitung verantwortlich machen. Das zeugt davon, daß noch nicht überall die Kenntnis von dem tatsächlichen Zusammenhang der Dinge vorhanden ist. Von den Kritikern wird nämlich vergessen, daß bei der Festsetzung der Löhne nicht der gute Wille der Verbandsleitung entscheidend ist, sondern die Macht, die jeder der beiden Tarifparteien zur Verfügung steht. Die Grundlage dieser Macht jedoch bildet, abgesehen von den jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen, die Stärke der Organisation.

Wie sieht es damit nun bei den Zigarrenfabrikanten aus? Bei den letzten Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium gab ein Vertreter der Zigarrenfabrikanten die Mitgliederzahl des RDZ. auf 1800 an bei 5063 Zigarrenherstellungsbetrieben, die nach den Angaben der Tabak-Berufsgenossenschaft im Jahre 1923 vorhanden waren. Dieses Organisationsverhältnis könnte schlecht erscheinen, wenn man die große Zahl der Klein- und Mittelbetriebe und das Filialwesen in der Zigarrenindustrie unbeachtet ließ. Berücksichtigt man jedoch, daß von den 9060 reinen Zigarrenherstellungsbetrieben, die es nach der amtlichen Statistik im Rechnungsjahr 1920/21 gab, nur 1586 waren, die mehr als 10 Arbeiter beschäftigten, und denkt man daran, daß jede Filiale als ein Betrieb gezählt ist, so wird man zugeben müssen, daß die Zahl der organisierten Zigarrenfabrikanten eine sehr große ist. Mit einem gewissen Stolz konnte deshalb auch ein Vertreter des RDZ. bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium erklären, daß der große und maßgebende Teil der Zigarrenfabrikanten im RDZ. organisiert sei.

Daß die Zigarrenfabrikanten die Macht, die sie sich im RDZ. geschaffen haben, von ihrem Standpunkt aus richtig anzuwenden wissen, braucht den Mitgliedern unseres Verbandes nicht erst auseinandergesetzt zu werden. Zu wünschen wäre nur, daß die Tabakarbeiter sich mindestens in demselben Verhältnis wie die Zigarrenfabrikanten ihrer Organisation anschließen würden. Veranlassung dazu hätten sie genug; denn auch bei einem gleichmäßigen Organisationsverhältnis wären die Zigarrenfabrikanten den Tabakarbeitern gegenüber im Vorteil. Abgesehen von der wirtschaftlichen Macht, über die sie als Besitzer der Produktionsmittel verfügen, können sie infolge ihrer kleineren Zahl viel schneller sich verständigen und handeln. Hinzu kommt, was auch nicht unbeachtet bleiben darf, daß die Zigarrenfabrikanten geschlossen in einer Organisation sind, während die Tabakarbeiter glauben, drei Organisationen haben zu müssen.

Wir haben es für zweckmäßig gehalten, diese Ausführungen gerade jetzt zu machen, weil die Zigarrenfabrikanten durch ihre Abänderungsvorschläge zum Reichstarifvertrag erneut gezeigt haben, was sie glauben, den Tabakarbeitern bieten zu können. Wenn die Tabakarbeiter jetzt nicht alle zusammen erkennen, was auf organisatorischem und agitatorischem Gebiete getan werden muß, dann haben sie die Behandlung und Einschätzung verdient, die sie von den Zigarrenfabrikanten erfahren. Allen Unorganisierten muß immer wieder eingepaukt werden, daß Lohn- und Tariffragen Machtfragen sind und daß die einzige Macht, die den Tabakarbeitern zu Verfügung steht, der Deutsche Tabakarbeiter-Verband ist. Nur durch ein geschlossenes Handeln in einer Organisation werden die Tabakarbeiter den Zigarrenfabrikanten ein Paroli bieten können. Und nun jede Minute und jede Gelegenheit ausgenutzt für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband!

Aus dem Tabakgewerbe.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Januar.

Bei der von unserem Verband Ende Januar aufgenommenen Statistik wurden 56 884 (13 441 männliche und 43 443 weibliche) Mitglieder erfasst. Arbeitslos waren 4118 (901 männliche und 3217 weibliche) oder 7,24 v. H. Verkürzt arbeiteten 11 125 (1855 männliche und 9270 weibliche) oder 19,56 v. H. Vollständig ausnutzen konnten ihre Arbeitszeit 41 641 (10 685 männliche und 30 956 weibliche) oder 73,20 v. H.

Zusammenballung in der Zigarettenindustrie.

Zur Ergänzung der Mitteilungen, die wir im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 52 vom vorigen Jahr und Nr. 4 von diesem Jahr veröffentlichten, bringen wir nachstehend eine Zuschrift, die der „Frankfurter Zeitung“ zugegangen ist. Darin heißt es:

Im Gegensatz zu früher, wo die Einflüsse maßgebender deutscher Zigarettenfabriken sich sogar bis zum tabakpflanzenden Bauern im Orient erstreckten, ist es heute der Fall, daß fast alle großen Fabriken mehr oder minder von großen Rohabakonzernen bzw. Rohabakhändlern beherrscht werden. Der größte Konzern dieser Art ist derjenige von Kassim Emin, geführt von dem Rohabakhändler gleichen Namens aus Saloniki, der die Firmen: Zuban in München, Waldorf-Astoria in Stuttgart, Louis Oppstadt in Offenbach, Schloß Tiefurt in Berlin-Johannisthal und Wenefti in Berlin umfaßt. Einen weiteren Konzern bilden die Jasmaki A.-G. in Dresden mit einigen Firmen unter Führung der Standard Commercial Tobacco Company, bzw. deren Chef: Ery Kehaya. Durch Ausscheiden des bisherigen Direktors Mandelbaum von der Manoli A.-G. ist nunmehr diese Firma zu dem dritten großen Konzern gekommen, der von David Schnur in Hamburg geführt wird. Hierzu gehören die Firmen: Keemtsma in Altona-Bahrenfeld, Manoli in Berlin, sowie Karmitri in Berlin und Hadges Neßim in Hamburg. Alle diese Konzerne können sich bei der durch die wirtschaftliche Depression in arge Bedrängnis geratenen deutschen Zigarettenindustrie durch Rohabaklieferungen maßgebenden Einfluß sichern.

Gestorben sind:

- Am (?) Dezember die Zigarettenarbeiterin Grete Philipp, 29 Jahre alt (Zahlstelle München).
 Am 12. Dezember die Zigarettenpaderin Marie Thaler, 29 Jahre alt (Zahlstelle München).
 Am 21. Dezember der Sortierer Robert Reinekt, 57 Jahre alt (Zahlstelle Breslau).
 Am 29. Dezember die Zigarettenpaderin Elfriede Schmidt, 22 Jahre alt (Zahlstelle Breslau).
 Am 7. Januar der Zigarettenarbeiter August Kollhorst, 52 Jahre alt (Zahlstelle Rahden).
 Am 10. Januar die Tabakfortiererin Minna Matke, 40 Jahre alt (Zahlstelle Seiffenersdorf).
 Am 11. Januar der Sortierer Karl Reckling, 66 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
 Am 14. Januar die Zigarettenarbeiterin Frieda Hausbrof, 18 Jahre alt (Zahlstelle Ennigloh).
 Am 14. Januar die Wickelmacherin Anna Bernhardt, 53 Jahre alt (Zahlstelle Dresden).
 Am 15. Januar der Zigarettenarbeiter Heinrich Dabelstein, 53 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
 Am 15. Januar der Sortierer Heinrich Brandt, 40 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
 Am 17. Januar der Rautabakspinner Gottfried Degenhardt, 66 Jahre alt (Zahlstelle Panfried).
 Am 17. Januar die Tabakfortiererin Marie Neumann, 69 Jahre alt (Zahlstelle Dresden).
 Am 19. Januar der Zigarettenarbeiter Wilhelm Kleinswecke, 65 Jahre alt (Zahlstelle Derlinghausen).
 Am 19. Januar der Zigarettenarbeiter Martin Jörgensen, 43 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
 Am 20. Januar der Zigarettenarbeiter Henrikus Dans, 57 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
 Am 22. Januar der Sortierer Louis Schöpkinsky, 64 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg-Altona).
 Am 23. Januar die Tabakfortiererin Marie Richter, 24 Jahre alt (Zahlstelle Dresden).
 Am 24. Januar der Tabakarbeiter Emil Wettermann, 53 Jahre alt (Zahlstelle Dresden).
 Am 24. Januar der Zigarettenarbeiter Wilhelm Müller, 39 Jahre alt (Zahlstelle Köln).
 Am 29. Januar die Zigarettenarbeiterin Katharina Weber, 62 Jahre alt (Zahlstelle Heidelberg).
 Am 30. Januar der Rauchtobakarbeiter Peter Wolf, 31 Jahre alt (Zahlstelle Heidelberg).
 Am 3. Februar der Zuriichter Martin Kiehl, 23 Jahre alt (Zahlstelle Klein Krokowburg).
 Am 4. Februar der Kollege Conrad Talle, 50 Jahre alt (Zahlstelle Brale).

Ehre ihrem Andenken!

Verbandsteil.

Am 14. Februar ist der 7. Wochenbeitrag fällig.

Folgende Gelder sind eingegangen:

20. Januar. Trier 50,—.
 24. Kottod 15,58.
 30. Dresden 2000,—. Eckernförde 7,—. Schöned 200,—. Obermehnen 140,—. Rintheim 10,—. Köln 670,—. Hamburg 250,—.
 31. Unteröwisheim 100,—. Zerbst 20,—. Freiberg 225,—. Northheim 85,90. Warendorf 50,—. Heppenheim 17,16. Jüngenheim 96,86. Würzburg 100,—. Jastrow 100,—. Spenge 150,—. Seligenstadt 11,60. Warel 30,—. Berlin 600,—.
 2. Februar. Grevesmühlen 30,—. Uetersen 50,—. Celle 30,—. Neuruppin 10,—. Kaldentirchen 39,70. Liegnitz 100,—. Neuhaus 61,44. Rehme 500,—. Blotho 800,—. Ergleben 28,—. Gifhorn 39,—. Nürnberg 123,11. Heidelberg 100,—. Altlufheim 81,—. Neulufheim 50,—. Odenheim 45,80. Seesen 30,—. Rheda 50,—. Minden 150,—. Schwerrin i. M. 23,18. Dahme 300,—. Meißen 110,—. Görlitz 106,50. Emmendingen 200,—. Heilbronn 400,—. Lorch 50,—. Eichhorst 60,—. Cottbus 50,—. Langenbielau 50,—. Reichenbach 69,31. Stifft-Quernheim 125,90. Steindorf 125,50.
 3. Fränk.-Crumbach 62,—. Werste 200,—. Hanau 50,—. Ketzin-Gen 31,12. Augsburg 100,—.
 4. Peterswaldau 30,—. Hannover 160,—. Heidelberg 200,—. Eichelberg 50,—. Hamburg 4000,—. Enger 52,50. Schönberg 100,—.
 5. Al.-Schmalkalden 85,—. Bremen 350,—. Löhne-Bahnhof 50,—.
 7. Oberode 16,50. Nordhausen 900,—.
 8. Achim 500,—. Wegebad 42,—.
 Bremen, den 9. Februar 1925. J. Krohn.

Gesucht werden:

Ein tüchtiger lediger Sortierer (in) nach Hessen-Darmstadt. Nachfragen bei Alfred Kiel, Gießen, Scholtstraße 10.

Selbstrasierer

benutzt die Deutsche

„Wilking“ Rasierklinge

Beste Edelftahl-Qualität

Rein Schleifen der Klingle mehr nötig, da der Neupreis für die „Wilking“-Rasierklinge nicht höher wie die Kosten des Nachschleifens

Reklamepreis pro 100 St. Gmfl. 6.80 einschl. Verpackung

„ „ 50 „ „ 4.70 „ „

dazu ein Rasierapparat in hochf. Etui gratis

Nachnahme 50 % mehr

Versand direkt an Verbraucher und Wiederverkäufer

Allein-Vertrieb: Karl Fr. Becker, Hamburg, Colonnaden 43

Billige, böhmische Bettfedern



1 Kilo graue, geschlossene G.-M. 3,—, halbweiße G.-M. 4,—, weiße G.-M. 5,—, bessere G.-M. 6,—, 7,—, Daunenweiße G.-M. 8,—, 10,—, beste Sorte G.-M. 12,—, 14,—, weiße, ungeschlossene Pufffedern G.-M. 7.50, 8.50, beste Sorte G.-M. 10,—. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachs, Lubus 245 b. Pilsen-Böhm.

L. COHN & CO.

Gegr. 1870

BERLIN N.

Gegr. 1870

Brunnenstrasse 24

Deutschlands größtes Wickelformen-Lager

Roh-Tabake

Tabakliste T B
 Wickelformenmodellbogen
 und Preise T B

auf Wunsch
 kostenlos

Welche Folgen hat das Fehlen der Betriebsvertretung?

In vergangenen Jahre sind sehr viele Betriebe ohne Betriebsvertretung gewesen. Die Gründe sind verschiedenartig. In vielen Betrieben gelang es den Unternehmern, den Betriebsräten so viel Schwierigkeiten zu machen, daß es kein Arbeiter mehr wagte, das Betriebsratsamt anzunehmen. In anderen Fällen hat die Belegschaft den Betriebsräten das Leben zu sauer gemacht. Manche Betriebsratsmitglieder sind auch enttäuscht, weil sie nicht das erreichen konnten, was sie sich als Ziel gesetzt hatten. In vielen Betrieben fehlt auch der Belegschaft nur einer, „der die Sache in die Hand nimmt“. Jeder verläßt sich auf den andern und meint, der müßte den Anfang machen. In allen angeführten Fällen liegt aber eine für den Arbeiter sehr gefährliche Unterschätzung der Bedeutung des Betriebsrätegesetzes vor. Gewiß, das Betriebsrätegesetz hat große Mängel und gibt den Arbeitern vielfach nur ein Mitberatungsrecht, wo sie ein Mitbestimmungsrecht haben müßten. Trotz all dieser Mängel darf aber nicht verkannt werden, daß dem Betriebsrat viele Möglichkeiten gegeben sind, die Interessen der Arbeiter des Betriebes wahrzunehmen und ihre Lage zu erleichtern. Die Auswahl der Mittel, die die Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lebenslage haben, ist nicht so reichlich, daß sie auf die Möglichkeiten zur Durchsetzung von Arbeiterforderungen, die das Betriebsrätegesetz bietet, verzichten könnten.

Wir wollen ganz absehen von der großen grundsätzlichen Bedeutung des Betriebsrätegesetzes, die es als Keim für die von den Arbeitern zu erstrebende Wirtschaftsdemokratie hat. Mancher mag meinen, daß das Ziel noch in so weiter Ferne liege, daß er sich jetzt noch nicht darum zu kümmern brauche. Dieser kurzfristige Standpunkt ist natürlich falsch; aber diese kurzfristigen Kolleginnen und Kollegen handeln auch sehr leichtsinnig, wenn sie das Betriebsrätegesetz nicht beachten. Wie mancher Arbeiter, dem seine Stellung aus irgendeinem nichtigen Grunde gekündigt wurde, ist in den letzten Monaten zu seiner Gewerkschaft gekommen mit dem Verlangen, diese Kündigung, die für ihn eine große Härte bedeutet, rückgängig zu machen. Wenn der Gewerkschaftsfunktionär diesem Kollegen dann sagen mußte, daß in seinem Fall irgendeine Einspruchsmöglichkeit nicht vorhanden war, weil in seinem Betriebe die Betriebsvertretung fehlte, hat er langsam einsehen müssen, daß er sich leichtsinnigerweise schwer geschädigt hat, weil er sich um die Betriebsratswahl nicht kümmerte. Oft wollten dann noch die Kolleginnen und Kollegen den Versuch machen, den Unternehmer für

das Fehlen der Betriebsvertretung verantwortlich zu machen. Eine Schadensersatzklage gegen den Unternehmer ist aber in solchen Fällen sehr schwierig durchzuführen. Außerdem ist es schließlich nicht Sache des Unternehmers, die Interessen seiner Arbeiter zu wahren, sondern es ist schon richtiger, wenn das die Arbeiter selbst tun.

Auch in mancher Arbeitsordnung sind Bestimmungen enthalten, die wegen ganz geringer Vergehen den Unternehmern das Recht der fristlosen Entlassung oder das Recht zur Verhängung von Geldstrafen geben. In Betrieben, in denen eine Betriebsvertretung vorhanden ist, kann der Unternehmer eine solche Arbeitsordnung nicht erlassen, weil der Betriebsrat hier mitzubestimmen hat und die Arbeitsordnung erst unterschreiben muß, ehe sie wirksam werden kann. Nach einem Bescheid des Reichsarbeitsministers kann der Unternehmer beim Fehlen der Betriebsvertretung die Arbeitsordnung und jede Änderung derselben allein festsetzen.

Außer diesen Nachteilen, die das Fehlen der Betriebsvertretung für die Arbeiter hat, gibt es noch eine ganze Reihe anderer, die durch die Betriebsvertretung beseitigt werden könnten. Hinzu kommt, daß die Betriebsvertretungsmitglieder die Aufgabe haben, auf die Durchführung der tariflich festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu achten.

Die Verhütung von Unfall- und Gesundheitsgefahren ist ebenfalls eine sehr wichtige Aufgabe der Betriebsräte. Wieviel Betriebe gibt es noch mit engen, dunklen, gesundheitschädlichen Arbeitsräumen, wo ein Betriebsrat mit Hilfe der Gewerbeaufsicht für Abhilfe sorgen könnte.

So könnten die Arbeitsverhältnisse in vielen Betrieben auch in anderer Hinsicht noch vielfach verbessert werden, wenn ein einigermaßen brauchbarer Betriebsrat vorhanden wäre. Es ist nicht möglich, die vielen Einzelfragen alle aufzuführen. Wir wollen nur noch erinnern an die Regelung der verschiedenen Arten der Betriebskontrolle, an die Verwaltung der verschiedenen Wohnungen, an die Verwaltung von Pensionskassen und anderen Wohlfahrtseinrichtungen, nicht zuletzt an der Ueberwachung der gesamten Arbeiterschutzgesetze und anderes mehr.

Sind diese Fragen alle unwichtig? Ist es wirklich gleichgültig, ob alle diese Verhältnisse vom Unternehmer allein bestimmt werden oder ob die Betriebsvertretung da ein Wort mitredet? Selbst wenn es nicht immer gelingt, die Wünsche der Arbeiter durchzusetzen? Schon die Tatsache, daß die Handlungen der Unternehmer kontrolliert und kritisiert werden, verhütet manches, was für die Arbeiter sehr unangenehm werden könnte. Leitet sofort die Wahlen ein und wählt einen tüchtigen Betriebsrat!

Die deutsche Gewerkschaftsdelegation in Amerika.

(Schluß der Graßmannschen Reisebriefe.)

Das von Ferdinand Corty 1519 bis 1521 eroberte „Goldland“ der Spanier, von diesen bis zur Unabhängigkeit Mexikos 1822 maßlos ausgebeutet, ist zirka 2 000 000 Quadratkilometer groß und zählt etwa 12 Millionen Einwohner (ungefähr sechs auf einen Quadratkilometer). Mit Ausnahme des feuchtheißen Küstensaumes am Gestade des Atlantischen und Stillen Ozeans ist das Land ein sogenanntes Tafelland in der Höhe von 1000 bis 3000 Meter über dem Meere. Die Hauptstadt liegt zirka 2300 Meter über NN. Das Klima ist — abgesehen von den Küstengebieten — gesund und mild, das Land selbst, soweit Wasser vorhanden ist, sehr fruchtbar. Soweit Wasser vorhanden — damit ist eines der Probleme berührt, die Volk und Regierung den Kopf warm machen. Monatelange Trockenheit wechselt mit reichlichen Niederschlägen, aber das periodisch überreichliche himmlische Naß fließt bei dem Plateauarakter des Landes rasch ab, so daß während des größten Teiles des Jahres Trockenheit vorherrscht und eine rationelle Ausbeute des fruchtbaren Bodens hindert. Mehrfache Ernten im Jahre würden sich erzielen lassen, könnte man die Regenmengen aufspeichern und nach Bedarf abgeben. Also Talsperrenbau! Aber dazu gehört enormes Kapital, über das der durch langandauernde Bürgerkriege erschöpfte Staat nicht verfügt, und fremdes aufzunehmen, ist eine riskante Sache für ein Land, dessen zum Teil unerschlossene Reichtümer Neid und Begehrlichkeit der Nachbarn ohnehin über Gebühr reizen. Hinzu treten **Gefahren**, die im letzten Briefe ausführlicher angedeutet

wurden, und eine auf Klima und Rassenunterschiedlichkeiten der eingewanderten Bevölkerung zurückzuführende Indolenz der Bewohner. Hier ist vielfach noch die von Vassalle so sehr beklagte „verdammte Bedürfnislosigkeit“ vorhanden.

Auf dem platten Lande und zum Teil an der Peripherie der Städte herrscht eine Art von Wohnungen vor, wie man sie sich kaum primitiver vorstellen kann. Das Haus, meist in seinen Größenverhältnissen nur für den Aufenthalt zum Schlafen berechnet, aus ungebrannten Lehmziegeln errichtet, weist weder Verputz noch irgendwelchen Anstrich auf. Vom kleinen Flur betritt man sofort den Schlafraum, der oft nur einige Matten und Decken enthält, die auf dem gestampften Lehmfußboden ausgebreitet sind. Eine niedrige Holzpritsche als Lagerstätte beweist schon einen gewissen Komfort, ein kleiner fensterloser Nebenraum birgt die nicht gerade auf dem Leibe getragenen Kleider, das wenige Küchengeschirr und die sonstigen geringen Sabseligkeiten der Bewohner. Gekocht wird außerhalb des Hauses, wo die Hausfrau nach Urväter Art die Maiskörner auf flach ausgehöhltem Stein vorbereitet für die dünnen Maiskuchen (Tortillas), die mit braunen Bohnen den Hauptbestandteil der täglichen Nahrung darstellen. Unbeschadet dieser Vermislichkeit sind die Haushaltungen meist sehr sauber, die wenigen Wasserstellen im Gelände sind dicht besetzt mit eingeborenen Frauen, die Wäsche waschen und sich und die Kinder baden.

Wir betreten das Land in der trockenen Periode; nach den uns gemachten Mitteilungen hat es seit September nicht mehr geregnet. Zahlreiche Fluß- und Bachbette sind ohne einen Tropfen Wasser, jeder Schritt wirbelt Sand und Staub auf. Stundenlang durchfährt der Zug eine von kahlen Höhenzügen umrahmte Hochebene, deren Vede nur selten von einigen eingeborenen unterbrochen wird, die sich auf dem äußersten Hin-

Aus den Gauen und Zahlstellen.

Konferenz des Gaues Oberbaden.

Am 1. Februar fand in Lahr-Dinglingen eine Gaukonferenz statt, die trotz der miffligen Verkehrsverhältnisse sehr gut besucht war. Ueber die Stellungnahme zum Schiedsspruch, zur Tarifkündigung und Tabakbesteuerung referierte Kollege Gauleiter Durban. Der Referent gab einen klaren Ueberblick über die bisherige Lohn- und Tarifpolitik des Verbandes und schilderte eingehend die ungeheuren Schwierigkeiten bei den Lohnverhandlungen. Der Schiedsspruch vom 29. Dezember 1924 wurde von den Fabrikanten abgelehnt. Hierbei haben auch die oberbadischen Fabrikanten ein gut Teil mit beigetragen, die in bezug auf die Lohnfrage mehr als rückständig zu bezeichnen sind. Redner verurteilte auf das schärfste das rückständige Verhalten der oberbadischen Fabrikanten, die doch allen Anlaß hätten, endlich einmal abzugehen von der von ihnen so beliebten Trockenarbeitsmethode. Das um so mehr, da sie daran sind, bessere Sorten und Qualitäten in größerem Umfange herzustellen und durch Bezahlung niedriger Löhne, womöglich noch Trockenarbeitslöhne, die Konkurrenz ihrer norddeutschen Kollegen zu schlagen. Dann besprach Redner die geplante Tabaksteuererhöhung. Die Folgen wären weitere große Arbeitslosigkeit, Not und Elend in den oberbadischen Tabakarbeiterfamilien. Angehts der Haltung der Fabrikanten und der uns drohenden Tabaksteuer müssen auch dem letzten Tabakarbeiter die Augen aufgehen, und er müßte erkennen, wohin er gehört: in eine einheitliche Organisation, in den Deutschen Tabakarbeiter-Verband. Sollten sich die Fabrikanten in ihrer Haltung gegenüber der Lohnfrage nicht bald eines Besseren besinnen, so werden sich die Tabakarbeiter Oberbadens an der Seite aller übrigen Tabakarbeiter in Kampffront stellen, um ihre mehr als traurigen Lohnverhältnisse im Kampfe zu verbessern. Das Referat wurde mit lebhaftem Beifall belohnt. Die Diskussion, die nun einsetzte, war ziemlich lebhaft, und wenn die Fabrikanten die Berichte aus den einzelnen Orten gehört hätten, so müßte ihnen die Schamröte ins Gesicht steigen. Aufgeräumt haben die Kollegen und Kolleginnen mit dem Schwindel, wonach manche Fabrikanten die Schuld der schlechten Löhne auf die Gewerkschaften schieben wollten. Die zweimalige Ablehnung eines Schiedsspruches hat allen Tabakarbeitern gezeigt, wohin die Fabrikanten steuern möchten. Die Kollegen Straß-Offenburg, KiENZLE-Emmendingen, Steiert-Lahr, Maucher-Emmendingen, Breithaupt-Lahr, Meß-Emmendingen, Hertwed-Friesenheim, Schillinge-Schmieheim, Bayer-Dinglingen, Lorbeer-Schutterzell, Bignals-Friesenheim, Seiß-Oberweiler und Engisch-Friesenheim stellten sich vollständig auf den Standpunkt des Referenten. Im weiteren berichtete Kollege Durban über die beschlossenen Anträge zur Tarifverhandlung und über die geplante Wiedereinführung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. In der Diskussion traten mehrere Delegierte dafür ein, daß auch für den Beitrag von 25 % eine Unterstützung gewährt werden solle mit Rücksicht auf die alten Kolleginnen, hauptsächlich Ripperinnen, die außerordentlich niedrige Lohnverdienste aufzuweisen haben. Dadurch würden diese Mitglieder der Organisation erhalten. Im übrigen war die Konferenz mit den Bremer Beschlüssen einverstanden. Folgende Entschließung wurde von der Konferenz einstimmig angenommen: „Die am 1. Febr. 1925 in Lahr-Dinglingen tagende, zahlreich besuchte Delegiertenkonferenz

des Gaues Oberbaden erblickt in dem ablehnenden Verhalten der Zigarrenfabrikanten gegenüber dem Schiedsspruch vom 29. Dezember 1924 eine Verhöhnung der Tabakarbeiterschaft ohnegleichen. Um die überaus traurigen Lohnverhältnisse der oberbadischen Tabakarbeiter zu verbessern, bedarf es viel höherer Zulagen, als sie in dem Schiedsspruch vorgeesehen sind. Die Konferenz fordert daher, daß bei den kommenden Tarifverhandlungen der Tarifbezirk Oberbaden allen anderen Bezirken in der Lohnfrage gleichgestellt wird, da die früheren Gründe der oberbadischen Fabrikanten (Trockenarbeit) fast restlos beseitigt sind. Die Tabakarbeiter Oberbadens haben nunmehr das wahre Gesicht der Fabrikanten erkannt. Die versammelten Delegierten verpflichten sich, eine lebhafteste Agitation unter den uns noch fernstehenden Tabakarbeitern zu betreiben, bis auch der letzte Tabakarbeiter dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband angehört.“

Nach einem kräftigen Schlußwort des Kollegen Durban richtete der Vorsitzende der Konferenz, Kollege Straß-Offenburg, einen Appell an die Delegierten, unablässig in ihren Kreisen für die Stärkung des Verbandes zu werben zum Nutzen für die gesamte Tabakarbeiterschaft.

Konferenz der Zahlstellen des Tarifbezirkles Bremen.

Am 8. Februar tagte im Verbandshaus in Bremen eine Konferenz der Zahlstellen des Tarifbezirkles Bremen, die von 26 Delegierten besucht war, die 11 Zahlstellen vertraten. Ueber die bevorstehenden Tabakzoll- und Tabaksteuererhöhungen, sowie über Lohn- und Tariffragen referierte der Verbandsvorsitzende Kollege Deichmann. Ausgehend von der Belastung des Tabaks im Jahre 1879, gab Redner ein anschauliches Bild von den Tabaksteuernkämpfen seit jener Zeit, dabei die Nachteile schildernd, die eine Erhöhung der auf dem Tabak ruhenden Lasten für die Tabakarbeiter jedesmal im Gefolge gehabt hat. Es gelte deshalb, den neuen Plänen der Regierung entschieden Widerstand entgegenzusetzen. Zu den Lohn- und Tariffragen übergehend, wog Redner die Vor- und Nachteile der Tarifpolitik auf zentraler Grundlage gegeneinander ab und sprach über das Organisationsverhältnis in den verschiedenen Gegenden und Berufen. Zusammenfassend kam Redner zu einer Befürwortung der zentralen Tarifvertragspolitik. Nachdem Kollege Deichmann dann die letzten Lohnbewegungen in der Zigarrenindustrie besprochen und dabei die Stellungnahme der Verbandsleitung begründet hatte, kam er auf die bevorstehenden Reichstarifverhandlungen zu sprechen und nahm Stellung zu den von den Tabakarbeiterverbänden und den von den Zigarrenfabrikanten eingereichten Abänderungsvorschlägen. Zum Schluß seiner Ausführungen forderte Redner zu eifriger Organisationsarbeit auf. Sei schon eine starke Organisation unter einem Reichstarifvertrag dringend erforderlich, dann werde sie erst recht notwendig sein, wenn es durch die Schuld der Zigarrenfabrikanten zu keinem neuen Tarif kommen sollte. An dieses Referat schloß sich eine lebhafteste Aussprache, an der sich die Kollegen Stumpe (Werden), Hofmeister (Burgdamm), Müller (Wildeshausen), Aruse (Scharmbeck), Soljes (Scharmbeck), Polle (Bremen), Lucius (Bremen), Schüler (Bremen), Unkraut (Goldenstedt), Müller (Barel) und Gauleiter Dstertag (Altona) beteiligten. Letzterer ging ebenso wie Kollege Deichmann in seinem Schlußwort auf die gegebenen Anregungen und erhöhten Vorwürfe ein. Der Referent konnte zum Schluß feststellen, daß die Konferenz sich für die Tarifpolitik auf zentraler Grundlage ausgesprochen habe. Selbstverständlich habe der

terteil ihres kleinen Ejels festgeklemmt haben. Neben versengtem spärlichem Gras fixieren den Charakter dieser Steppe Agaven und abermals Agaven und Kakteen in allen Formen und Größen. Eine hochaufliegende Kakteenart wird zum Einfenzen (Einzäunen) der Gärten verwandt, aus Agaven stellt man das Nationalgetränk (Pulqua) her und pflanzt sie zu diesem Zweck sogar in besonderen Kulturen an. Auf der Strecke Juárez—Mexiko nur wenige Städte — so Chihuahua und Zacatecas, letzteres mit jetzt eingeschränktem Kupfer- und Silberbergbau (schon zur Aztekenzeit in Betrieb) und bekannt als einer der blutigsten Schlachtorte der jüngeren Zeit (der letzte Präsident Obregon verlor hier den rechten Arm): An diesen größeren Haltestellen entwickelt sich auch bei dem längeren Aufenthalt ein reger Handel zwischen den Zuginsassen und den Eingeborenen. Letztere verkaufen nicht nur Obst und andere Lebensmittel, sondern auch beachtenswerte Erzeugnisse hausgewerblichen Fleißes (das landesübliche Umschlag Tuch mit gelben aber hübschen Farbenmustern, „Scrape“ genannt, und entzückende kleine Decken und Tücher, Hohlraumarbeiten von einer Feinheit, die dem Geschmack und der Ausdauer und Geschicklichkeit der braunen Frauen alle Ehre macht). Die geforderten Preise sind gering und nur aus der allgemein sehr niedrigen Lebenshaltung der Bevölkerung zu verstehen, wie aus dem Umstand, daß ihr der Begriff „Zeit“ nur eine vage Vorstellung ist. Eine europäische Arbeiterin müßte ein Vielfaches des hier Geforderten verlangen.

Ueber kühne Bauten, an Schlünden und Abgründen vorbei sauft der Zug, der die Mehrzahl der Kongreßteilnehmer von Juárez südwärts bringt. Unsere neugewonnenen Freunde sind lustige Gesellen, liedkundig, langespreudig und diskussions-eifrig. Sie politisieren leidenschaftlich, ohne jedoch die Linie

einer gewissen Würde zu überschreiten, dabei immer gegen jedermann von einer chevaleresken Zuverlässigkeit. Und zwar machen Weiße, Mischlinge und Indianer kaum einen Unterschied, nur daß letztere etwas zurückhaltender sind. An einigen Haltestellen erscheinen größere Arbeitertrupps, die „ihre“ Delegierten sehen und sprechen wollen, ein Begehren, dem gern willfahrt wird. Daß deutsche „companeros“ mit von der Partie sind, macht Sensation.

Mit erheblicher Verspätung erreicht der Zug nach zirka 60stündiger Fahrt die Landeshauptstadt Mexiko, die wir des Unterschiedes wegen künftig kurzweg Mexiko-City nennen wollen. Die Stadt, vielfach das mittelamerikanische Paris genannt, ist breit angelegt, hat prachtvolle Baulichkeiten aus der spanischen und neueren Zeit, weite Plätze mit prunkenden Denkmälern und breite Avenuen. Aber die anderthalb Jahrzehnte Bürgerkrieg mit ihrer Erschöpfung der öffentlichen Kassen machen sich im Angesicht der Hauptstadt bemerkbar. Das Asphaltpflaster der Prachtstraßen ist stellenweise tief ausgefahren und weist tiefe Löcher auf, die die fabelhaft geschickten fahrenden Chauffeure elegant vermeiden. Eine Reihe in Angriff genommener Staatsbauten liegt still, und ihre Vollendung harret besserer Zeiten. Die innere Stadt weist das bekannte Großstadtgewimmel auf; aber auch hier eine Straßendisziplin, die unsern Reiz erweckt. Unser Interesse an öffentlichen Bauwerken erregen: die Deputiertenkammer, das Regierungsgebäude mit der Amtswohnung des Präsidenten, das Post- und Telegraphenamt, mehrere Ministerien, die Hochschulen (u. a. eine besondere für Bergbau) und endlich die Kathedrale, im neueren Teil den sogenannten Jesuitenstil aufweisend und so maßlos überladen an inneren Einbauten und Vergoldung, daß sie einen Begriff von der auch heute noch überragenden Macht der Kirche gibt.

teigige Tarif Mängel, die es gelte, bei den kommenden Reichstarifverhandlungen zu beseitigen. Ebenso müsse alles versucht werden, das Lohnniveau zu heben und die Verschlechterungsbestrebungen der Zigarrenfabrikanten abzuwehren. Dazu gehöre aber, das müsse immer wieder betont werden, eine große und starke Organisation. Zum letzten Punkt der Tagesordnung „Die Wiedereinführung der Erwerbslosenunterstützung“ hatte der Kollege Deichmann gleichfalls das Referat übernommen. Nachdem Redner anschaulich dargelegt hatte, wie die Klassenverhältnisse des Verbandes sind, schilderte er die Beitragsleistung der Mitglieder, die an manchen Stellen sehr viel zu wünschen übrig lasse. Auf diesem Gebiete müsse unbedingt eine Besserung eintreten, wenn man zu annehmbaren Klassenverhältnissen kommen wolle. Der Redner führte dann die Gründe an, die die Verbandsvertreter zur Einführung der Erwerbslosenunterstützung veranlaßt haben. Nach einer Erläuterung der vorgesehenen Leistungen schloß der Referent seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß die in dieser Sache gefaßten Beschlüsse sich zum Wohle des Verbandes auswirken möchten, denn: die Unterstützung sei Mittel zum Zweck und gefährde nicht den Kampfcharakter des Verbandes. An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Stumpe (Werden), Müller (Wildeshausen), Becker (Langwedel), Ibbeken (Bremen) und Brünjes (Burgdamm). Nach dem Schlußwort des Referenten Deichmann konnte der Vorsitzende, Gauleiter Ostertag, feststellen, daß die Konferenz die Einführung der Erwerbslosenunterstützung begrüßt. Unter „Verschiedenes“ wurden dann noch verschiedene Fragen, wie Heimarbeiterzuschläge, Nachfeierabendarbeit berufsfremder Arbeiter usw. besprochen. Nach einem Rückblick auf die Arbeiten des Tages konnte der Kollege Ostertag die Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiter-Verband schließen.

Friesenheim. Am 1. Februar fand hier eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt, in welcher die Kollegen Rienzle-Cummingen und Gauleiter Durban referierten. Die Ausführungen beider Redner fanden in dieser Versammlung lebhaften Widerhall. Der Vorsitzende dieser Versammlung konnte feststellen, daß die Mitgliederzahl wieder einen raschen Aufschwung nimmt, so daß ziemlich die alte Höhe wieder erreicht ist. Er forderte die Kollegen und Kolleginnen auf, fest und treu zum Deutschen Tabakarbeiter-Verband zu stehen, denn nur durch eine schlagfertige Organisation können die Tabakarbeiter ihre traurige Lage verbessern.

Würzburg. Mitgliederversammlung am 1. Februar. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 4. Quartal 1924 und gab einen kurzen Bericht über den Mitgliederbestand. Trotz der schweren Krise haben die Mitglieder dem Verbands die Treue bewahrt. Die Mitgliederzahl war Ende 1923: 219; Ende 1924 ist diese auf 229 gestiegen. Leider sind in den kleinen Betrieben noch Kolleginnen, die der Organisation fern stehen. Pflicht der dort beschäftigten Mitglieder ist es, diese für unsern Verband zu gewinnen. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß nur eine geschlossene Organisation unsere traurige Lage bessern kann. Klassenbestand der Totalkasse ist von 3,18 M auf 330,32 M gestiegen. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. In die Zahlstellenverwaltung wurden gewählt: Max Hemmerich als 1. und Albert Schmidt als 2. Bevollmächtigter; als Schriftführer Konrad Stadtmüller und als Revisoren Franz Emmerling und Meta Hufgart. In einer Aussprache über die Kampfansage der Fabrikanten brachte die Mitgliedschaft ihren Unmut über die ablehnende Haltung der Fabrikanten zu

den berechtigten Lohnforderungen der Tabakarbeiter zum Ausdruck. Den Unternehmern muß es doch allmählich einleuchten, daß unter diesen Löhnen keine solche Arbeit geleistet werden kann, wie sie die Fabrikanten gerne sehen möchten. Ferner wurde eine Entschließung angenommen, welche dahin lautet, daß die Haltung der Zigarrenfabrikanten den sozialen Frieden im Gewerbe stört und die Arbeiter dazu treibt, sich in Kampffront zu stellen. Nach einem kurzen Schlußwort des 1. Bevollmächtigten, mitzuwirken, daß auch die letzte Tabakarbeiterin in unserer Zahlstelle dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband zugeführt werde, wurde die Versammlung geschlossen.

Rundschau.

Die neuen Höchstsätze in der Erwerbslosenfürsorge betragen nach einer Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 30. Januar bis auf weiteres wochentäglich:

| | im Wirtschaftsgebiet I (Osten) | | | |
|--|-----------------------------------|-----|-----|--------|
| | in den Orten der Ortsklassen | | | |
| | A | B | C | D u. E |
| 1. für Personen über 21 Jahre | 115 | 107 | 99 | 91 |
| 2. für Personen unter 21 Jahren | 69 | 64 | 59 | 54 |
| 3. als Familienzuschläge für: | | | | |
| a) den Ehegatten | 43 | 40 | 37 | 34 |
| b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige | 30 | 28 | 26 | 24 |
| | im Wirtschaftsgebiet II (Mitte) | | | |
| 1. für Personen über 21 Jahre | 135 | 126 | 117 | 108 |
| 2. für Personen unter 21 Jahren | 81 | 76 | 71 | 66 |
| 3. als Familienzuschläge für: | | | | |
| a) den Ehegatten | 50 | 47 | 44 | 41 |
| b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige | 35 | 33 | 31 | 29 |
| | im Wirtschaftsgebiet III (Westen) | | | |
| 1. für Personen über 21 Jahre | 145 | 135 | 125 | 115 |
| 2. für Personen unter 21 Jahren | 87 | 81 | 75 | 69 |
| 3. als Familienzuschläge für: | | | | |
| a) den Ehegatten | 54 | 50 | 46 | 42 |
| b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige | 38 | 35 | 32 | 29 |
| Einschließlich der Familienzuschläge darf die Unterstützung, die ein Erwerbsloser erhält, in keinem Fall folgende Beträge übersteigen: | | | | |
| im Wirtschaftsgebiet I (Osten) | 285 | 265 | 245 | 225 |
| im Wirtschaftsgebiet II (Mitte) | 325 | 305 | 285 | 265 |
| im Wirtschaftsgebiet III (Westen) | 360 | 335 | 310 | 285 |

Welchen enormen Eindruck mußte diese Pracht auf den halbnackten, neubekehrten Indianer machen, wenn er sah, welche prunkvolle Stätte der Verehrung des Christengottes gewidmet ist. Dagegen verblaßten alle Maßstäbe der Tempel, in denen er und seine Vorfahren die alten Götter angefleht hatten.

Wir besichtigen Staatsfabriken und sonstige industrielle Etablissements, finden beim Geschäftsträger der deutschen Gesandtschaft liebenswürdige Aufnahme, lernen die führenden Männer der deutschen Kolonie kennen, die sich mit der Neuordnung der Dinge im alten Vaterlande gar nicht abfinden können, an der Lösung der Flaggenfrage usw. mäkeln (was alles zu lebhaften politischen Debatten führt) und studieren mit allen Sinnen dies neue, fremdartige Leben. Neben dem Elegant, der nach der neuesten Pariser oder Londoner Mode gekleidet ist, dessen „Dreß“ nur noch überboten wird von der Toilette seiner Begleiterin, die barsuch gehende Indianerfrau, die, das jüngste Kind in einem Umschlagetuch vor die Brust gebunden, entweder Produkte der eigenen kleinen Wirtschaft auf den Markt schleppt oder den Vorübergehenden um ein Almosen bittet. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Gegensätze von seltener Schärfe! In den Vorstädten verwischen sich diese Kontraste mehr; aber auch hier fällt das Auge auf Proletariatsgestalten, die ihre Armut und ihr Elend vielleicht nur aus dem Grunde ertragen können, weil sie es in seinem Umfange noch gar nicht erkannten und — weil es den Eltern und Großeltern auch nicht besser erging.

Die mit der Leitung der Staatsgeschäfte betrauten Männer stehen einer Herkulesarbeit gegenüber. Ein großes Land mit unerhört reichen Hilfsquellen, zu deren Erschließung aber augenblicklich das notwendige Kapital fehlt, und eine Bevölke-

runge, deren Schaffenskraft und Schaffenslust erst geweckt werden kann, wenn man sie vorher bedürfnishungeriger macht. Und wieviel ist vorausgehend noch in der Verwaltung in den niedrigeren und höheren Regionen zu bessern, zu festigen. Große Hoffnungen setzt man auf den neugewählten Präsidenten Plutarco Elias Calles und das von ihm berufene Kabinett; in dem geistigen Haupt der mexikanischen Arbeiterbewegung, Louis B. Morones, wichtige Aufgaben zufallen. Wir haben wiederholt eingehende Besprechungen mit diesen Männern, die vor Tatenslust fiebern und die, wie das Verhalten von Calles bei seinem Aufenthalt in Deutschland im vorigen Jahre erweist, nicht im südamerikanischen Sinne „Murrpolitiker“ sein, sondern ihrem Volke aufhelfen wollen. Außer den genannten Männern lernen wir auch den am 1. Dezember nach Ablauf seiner 4jährigen Amtszeit zurückgetretenen Präsidenten Obregon kennen, dessen Energie es nicht zuletzt zu danken ist, daß die Insurrektion des reaktionären Huerta so bald niedergeschlagen werden konnte.

Am 1. Dezember waren wir Zeuge der im Angesicht von Zehntausenden und unter freiem Himmel im Stadion Mexiko stattfindenden Uebernahme der Präsidentschaft von Obregon durch Calles, indem letzterer den Eid auf die Verfassung leistete. Südliches Temperament im Verein mit der großen Volkstümlichkeit des neuen Mannes machten diese Feierlichkeit besonders einprägsam. Nicht ohne Interesse ist die Tatsache, daß diesmal der neue Träger der Staatsgewalt seinen Vorgänger noch bei dessen Lebzeiten „beerbte“. Sonst kam es häufig vor, daß der Präsidentenstuhl deshalb verwaist war, weil seiner Inhaber ein gewaltsamer Tod oder die Flucht ins Ausland die Fortführung der Geschäfte unterband. Solche „Berufsunfälle“

Soweit die Gesamtunterstützung den durchschnittlichen Arbeitsverdienst vergleichbarer Arbeitnehmergruppen erreichen würde, dürfen die Familienzuschläge die Unterstützung, die der Erwerbslose für seine Person erhält (Hauptunterstützung), nicht übersteigen.

Die selbständigen Unterstützungen, die mehrere in einem gemeinschaftlichen Hausstand lebende Familienmitglieder erhalten, dürfen insgesamt das Zweieinhalbfache der Unterstützung nicht übersteigen, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für seine Person zusteht. Der Vorstand der Familie gilt im Sinne dieser Bestimmung als ihr Mitglied.

Sind Pfennigbeträge auszuzahlen, die nicht durch 5 teilbar sind, so können sie auf den nächsthöheren durch 5 teilbaren Betrag aufgerundet werden.

Die Erhöhung beträgt für männliche Erwerbslose etwa 17 Prozent und für die Familienzuschläge rund 25 Prozent der bisherigen Sätze. Wesentlich stärker sind die Unterstützungssätze für Frauen heraufgesetzt worden. Diese sind nunmehr entsprechend dem Beschluß des Reichstages den Männern in bezug auf die Höchstsätze vollkommen gleichgestellt.

Ueber die Abgrenzung der Wirtschaftsgebiete diene folgendes zur Aufklärung: Das Wirtschaftsgebiet I wird im Westen abgegrenzt durch eine Linie, die von Lübeck über Lüneburg, Rotenburg, Celle, Gifhorn, Stendal, Rathenow, Nauen, Drakenburg, Cottbus, Sorau, Borkly nach Seldenberg läuft. Die gesperrt gedruckten Orte gehören zum Wirtschaftsgebiet II, die nicht gesperrt gedruckten Orte zum Wirtschaftsgebiet I. Das Wirtschaftsgebiet III wird im Osten abgegrenzt durch eine Linie, die von der Landesgrenze bei Elten über Emmerich, Hamm, Unna, Siegen, Dillenburg, Limburg, Bad Homburg, Hanau, Offenbach, Darmstadt, Heidelberg, Bruchsal, Karlsruhe nach Magau läuft. Die hier genannten Orte gehören zum Wirtschaftsgebiet III.

Jugendverbände für Ferien.

Am 20. Januar hat in Berlin eine Sitzung des Ausschusses der deutschen Jugendverbände stattgefunden, in der die Urlaubsfrage der werktätigen Jugend zur Debatte stand. Nach einem einleitenden Referat des Sekretärs des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Genossen Knoll, und nach einer ergiebigen Aussprache, an der sich Vertreter aller Hauptrichtungen der deutschen Jugendbewegung beteiligten, wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

Der Ausschuh der deutschen Jugendverbände hält die gesetzliche Einführung von Ferien für die erwerbstätigen Jugendlichen für eine dringende Notwendigkeit.

Der Ausschuh der deutschen Jugendverbände ersucht deshalb die Reichsregierung, so schnell als möglich eine Gesetzesvorlage einzubringen, die drei Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche

(einschließlich Lehrlinge) unter 16 Jahren und zwei Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge) zwischen 16 und 18 Jahren gewährt.

Was die Frau erspart, ist so gut wie das, was der Mann erwirbt.

Dieses alte und doch immer neue Sprichwort gibt zu denken. Wenn es wahr ist, und es ist wahr, so steht unzweifelhaft fest, daß ein sehr großer Teil der Hausfrauen seine besondere Aufgabe als Mithelferin und Mitarbeiterin des Mannes nicht richtig auffaßt. Denn wenn in jenem Sprichwort auf das Sparen hingewiesen wird, so soll damit bestimmt nicht dem Zusammensparren von Geld auf Kosten der gesamten Familie das Wort geredet werden. Das tritt in einem anderen Satz sehr deutlich in Erscheinung. Dort heißt es: Des Mannes Sache ist es, zu verdienen, Sache der Frau, richtig auszugeben. Auf das Richtigausgeben kommt es also an. Da hapert es aber gewaltig. Es ist heute nicht mehr so wie in den Inflationsjahren. Damals mußte jede Frau laufen und noch länger stehen, um überhaupt die notwendigsten Lebensmittel zu bekommen. Besonders höflich wurden die Hausfrauen damals nirgends behandelt. Aber, wie immer, das Volk vergißt recht rasch, so auch in diesem Falle. Ein Teil der Frauen unterliegt den Lockungen der riesenhaften Reklame, der andere Teil aber hat sich schon lange von der schnur genommen und deckt seinen gesamten Bedarf in der Genossenschaft. Die Konsumvereine haben in vielen Frauenvereinsammlungen durch die an diesen Abenden veranstalteten Waren- ausstellungen immer wieder den Beweis geliefert, daß die Genossenschaften die vorteilhaftesten Bezugsquellen sind. Es kann auch gar nicht anders sein. Der Händler muß und will verdienen. Nicht um seiner Mitmenschen, sondern um seiner eigenen Existenz willen betreibt er sein Gewerbe. Die Genossenschaft ist aber das gemeinsame Unternehmen vieler, errichtet, um zunächst die Mitglieder mit guten und preiswerten Waren zu versorgen und dabei Ersparnisse zu machen.

Literarisches.

Die Arbeit, Heft 1, Jahrgang 1925, bringt einleitend einen Artikel über die Entwicklung der Sozialgesetzgebung (Versicherung) von Karl Schmidt, Hannover. Halasi berichtet über das Ergebnis englischer Untersuchungen über den tatsächlichen Produktionswillen der Unternehmer, Wiffell über die gemeinsamen Bestrebungen der deutschen und der französischen Schwerindustrie zur Ausbeutung der Bevölkerung. Tarnow tritt mit sehr guten Argumenten für eine aktive Lohnpolitik ein und weist (ebenso wie Wiegand in der vorangegangenen Nummer) die Unmöglichkeit der Durchführung der Vorschläge von Potthoff nach. Mit weiteren Beiträgen sind vertreten Sturmfels, Körpel und Cassau, sodann folgt die reichhaltige Rundschau der Arbeit. Die vorliegende Nummer enthält viel wertvolles Material.

Die Arbeit ist zu beziehen durch die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S. 14.

sind in diesen Ländern nichts besonders Auffallendes. So war der schon genannte Arbeiterführer Morones in seiner Eigenschaft als Abgeordneter zirka drei Wochen vor unserer Ankunft von einem politischen Gegner in der Deputiertenkammer einfach niedergeschossen worden, ohne daß Morones später nach seiner Wiederherstellung von dem Attentat sonderlich viel Aufhebens gemacht hätte.

Nicht unterlassen sei, zu bemerken, daß die weiterblickenden Männer Mexikos eine stärkere Einwanderung Deutscher in ihr Land gern sehen würden. Das deutsche Element erfreut sich drüben an sich starker Sympathien (Gründe hierfür sind schon genannt worden); man erhofft von seinem Beispiel einen starken Antrieb für die einheimische Bevölkerung. Aber die heute noch bestehenden Schwierigkeiten mahnen noch zur Vorsicht für etwaige Auswanderungslustige. Zwar ist Land zu haben, aber der Ausländer hat für absehbare Zeit eine wirksame Hilfe von der Regierung in puncto Unterkunft, Ackergerät, Vieh, Saatgut usw. kaum zu erwarten, von barem Gelde ganz zu schweigen. Selbst dann, wenn er aus Eigenem „sich etablieren“ und fürs erste Jahr etwas „zubuttern“ kann, wird er in nächster Zukunft nur dann reüssieren, wenn er schwer arbeiten und mit seinen Genußansprüchen sich nur wenig über das Niveau der Einheimischen erheben will, und wenn die Nähe einer größeren Stadt ihm die Möglichkeit gibt, die wirklich gewinnbringenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse (Milch, Butter, Eier, Gemüse) frisch auf den Markt zu bringen. Daß es später, wenn die Regierung die Hände frei und die nötigen Mittel hat, besser für Zugliger wird, namentlich, wenn wieder mehr für den Verkehr getan werden kann, ist sicher anzunehmen. Was deutschen Einwanderern aus Arbeiterkreisen anlangt, so sei bemerkt, daß in den Hafenorten Mittel- und Südamerikas

Hunderte von Deutschen in gefährdetster Lage sind, weil sie, den Verheißungen gewissenloser Agenten folgend, ausgewandert sind, ohne drüben sofort feste Arbeit als Handwerker gefunden zu haben, und weil sie die Konkurrenz mit den bedürftlosen Eingewanderten nicht aushalten können. Also: Vorsicht! Daß für Kaufleute oder gar Angehörige der freien Berufe drüben ohne vorheriges festes Engagement erst recht kein Platz ist, liegt auf der Hand.

Am 3. Dezember, nach Eröffnung des pan-amerikanischen Kongresses, traten wir von Mexiko-City aus über Laredo und San Antonio (wo kurz darauf Gompers auf der Heimreise starb) die Rückreise nach Newyork an und schifften uns nach fünftägiger Eisenbahnfahrt an Bord der „Cleveland“ ein. Die Heimkehr vollzog sich ohne bemerkenswerte Zwischenfälle.

Stellt man den erstrebten Zweck in Rechnung, dann darf ruhig gesagt werden, daß unsere Reise ein voller Erfolg beschieden war (woran auch das blöde Geschimpfe der kommunistischen Newyorker „Volkszeitung“ und ihrer amerikanischen und europäischen Klientel bis zur „Roten Fahne“ kein Tüttelchen ändert). Alte Schlacken früherer Bestimmungen sind ausgeräumt, wertvolle Verbindungen neu angeknüpft bzw. befestigt worden. Vor allem: wir haben wechselseitig Vertrauen gewonnen und wichtige Etappen für größeres gegenseitiges Verständnis geschaffen, die zu stärkerer Förderung der Arbeiterinteressen in aller Welt führen werden. Das ist im Zeitalter verschärften Unternehmerdrucks und wahnsinnigen Auseinandergerrens der Arbeiterorganisationen immerhin etwas.

B. G r a h m a n n.

Kolleginnen und Kollegen!

Bereitet sofort in allen Betrieben die Betriebsrätewahlen nach den Beschlüssen des Leipziger Gewerkschaftskongresses vor!